

Kolumbien: Träume vom Frieden, Realitäten des Krieges

Das 20. Jahrhundert endet in Kolumbien wie es begonnen hat: im (Bürger-)Krieg. Damals lebten die Kolumbianer im »Krieg der Tausend Tage« zwischen Vertretern der liberalen und der konservativen Partei, der mit ca. 80.000 Toten 1901 sein Ende fand und 1903 den Verlust von Panama zum Ergebnis hatte. Nach der Ermordung des liberalen Parteiführers Jorge Eliecer Gaitán forderte die sogenannte »Violencia« mit ihren ländlichen Stellvertreterkriegen der beiden großen Parteien zwischen 1948 und 1953 ca. 200.000 Opfer. Der nunmehr fast vierzig Jahre alte Konflikt zwischen

- ▶ den in der Erbfolge der »Violencia« gegründeten Guerillagruppen,
- ▶ den in den 80er Jahren von Guerillaopfern, Großgrundbesitzern und Drogenhändlern wie auch Teilen des Militärs entwickelten und gestützten Paramilitärs, sowie
- ▶ dem kolumbianischen Militär

kostet jährlich etwas mehr als 3000 Menschenleben, also pro Jahr soviel wie die Gesamtzahl der Opfer in über 30 Jahren Nordirlandkonflikt.

Dennoch zeichnete sich das politische System des mit 41 Mio. Einwohnern zweitgrößten Landes Südamerikas seit Jahrzehnten durch erstaunliche Stabilität aus. Von 1850 bis heute wird Kolumbien von den gleichen zwei Parteien, der liberalen und der konservativen, regiert. Üblich für Lateinamerika, gab es Militärregierungen lediglich 1853 nach einem Putsch des Generals José María Melo und von 1953 bis 1957 mit General Gustavo Rojas Pinilla und einer Militärjunta, letztere von den großen Parteien installiert. Zwischen 1958 und 1974 (de jure) bzw. 1990 (de facto) regierte eine große Koalition aus beiden Parteien.

Diese »Ultrastabilität« und Rigidität der politischen Institutionen schloss große Teile der kolumbianischen Bevölkerung von politischer Mitbestimmung aus. Ohne parlamentarische Opposition, politische Mitbestimmung und Kontrolle wucherten Klientelismus und Korruption, die

ihrerseits die Glaubwürdigkeit der politischen Klassen und Institutionen verfallen ließen. Die Verbreitung des Drogenhandels (narcotráfico) seit den 70er Jahren trug weiter zur Delegitimierung des politischen Systems bei.

Im Unterschied zum »Krieg der Tausend Tage« und der »Violencia« ist diesmal der bewaffnete Konflikt nicht Ausdruck der Eliten- bzw. Parteienkonkurrenz und kann daher auch nicht von diesen mit einem »gentlemen agreement« beendet werden.

Wie erklärt sich der seltsame Anachronismus des nach Ende des Kalten Krieges zunehmenden Wachstums finanzieller und militärischer Potenz einer Guerilla, die politisch isoliert, weder in der

Tabelle 1:

Intern durch Gewalt Vertriebene

Sudan	4.000.000
Angola	1.000.000–1.500.000
Kolumbien	1.400.000–2.000.000
Irak	1.000.000
Afghanistan	540.000–1.000.000
Myanmar	500.000–1.000.000
Türkei	400.000–1.000.000
Bosnien-Herzegovina und Kosovo	840.000
Azerbaidshjan	576.000
Sri Lanka	560.000
Russland	550.000

Quelle: UNO, El Tiempo, 17.12.99

Bevölkerung verankert noch von deren Sympathien getragen ist? Stimuliert von der Nachfrage des US-Marktes, zunächst gespeist durch die Coca-Paste aus Bolivien und Peru und begünstigt durch seine geostrategische Lage zwischen Atlantik und Pazifik, entwickelten sich seit den 70er Jahren Drogenveredelung und -export, seit Mitte der 80er Jahre auch der Drogenanbau in Kolumbien. Da illegal, war und ist das Drogengeschäft eine nicht versiegende Quelle von Reichtum und Gewalt, Chaos und Korruption, nicht nur von Politikern, sondern auch von Journalisten, Sportlern, Intellektuellen, Künstlern, Rechtsanwälten und Unternehmern. Dank der »Besteuerung« des Drogenhandels und -anbaus konnten die beiden relevanten Guerillagruppen, »Revolutionäre Kolumbianische Streitkräfte« (FARC) und – in erheblich geringerem Maße – die »Nationale Befreiungsarmee« (ELN), seit Ende der 80er Jahre ihre finanzielle und militärische Stärke erlangen. Hinzu kamen erhebliche Summen aus Erpressung und dem – mittlerweile industriell betriebenen – Entführungsgeschäft.

Kolumbien lebt in einem internen Krieg, der, von den Bürgern nicht getragen und akzeptiert, vor allem Bürger zum Opfer hat. Vom lateinamerikanischen Vietnam, dem anderen Bosnien, dem neuen, unbekanntem Kosovo, von Balkanisierung und davon, dass Kolumbien Cuba als wichtigstes westliches Sicherheitsproblem abgelöst habe, ist in der US-amerikanischen Presse die Rede. In Macht- und Militärzirkeln Washingtons wird über einen Staatskollaps in Kolumbien spekuliert.

In der Tat hat Kolumbien mit Somalia, Afghanistan, Bosnien-Herzegovina oder dem früheren Libanon, die als klassische Beispiele für solche Staatszusammenbrüche gelten, einige Charakteristika gemeinsam, wie beispielsweise die große – auf zwei Millionen geschätzte – Anzahl von durch Gewalt Vertriebenen, einen weitgehenden Legitimitätsverlust des Staates, die Aufgabe seines Gewaltmonopols, hohe Straflosigkeit für Gesetzesbrecher, die schärfste Wirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten, etc. Anders als in den benannten Ländern ist der kolumbianische Konflikt jedoch nicht ethnischen, linguistischen oder religiösen Gründen geschuldet.

Die Guerillabewegungen: Motivationen, Drogen und Strategie

Die Motive der kolumbianischen Guerilla sind vielschichtig und erscheinen daher verschwommen. Ursprüngliche Elemente des Kampfes für soziale Gerechtigkeit, Land-, Einkommens- und Vermögensverteilung, Teilhabe an politischer Macht sind weiter vorhanden. Die Guerilla, vor allem die FARC, vertritt in den von ihnen beherrschten, meist abgelegenen und vom kolumbianischen Staat traditionell vernachlässigten Gebieten Recht und Ordnung und die Interessen vieler zigtausender kleiner Kokabauern, die in diese Gebiete gezogen sind, da der Anbau von Drogenrohstoffen eher ein Überleben sichert als der üblicher Produkte wie Manioc oder Kartoffeln. Die politischen Beweggründe der Guerilla werden aber überlagert von militärischen, territorialen und finanziellen Motiven, wie auch von den Wirkungen jahrzehntelangen isolierten Kampfes in abgelegenen Regionen. Ein Guerillero verdient etwa zwei Mindestlöhne im Monat. Für die Jugendlichen in den von ihnen beherrschten Zonen ist der Guerilla-Beitritt häufig eine Art dauerhaften Ersatzmilitärdienstes. Guerillero-Sein ist eine Lebensform. Sie bedeutet Arbeitsplatzsicherheit und Mitgliedschaft in einer gut finanzierten »Standesorganisation«. Söhne und Enkel von Guerilleros ergreifen den Beruf ihrer Vorfahren.

Die beiden verbliebenen großen Guerillaorganisationen, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) und die Nationale Befreiungsarmee (ELN) wurden vor über 30 Jahren gegründet, ihre Vorläufer existieren seit Ende der 40er Jahre .

Während der siebziger Jahre infiltrierte die Guerilla zunehmend die Ränder der damals populären Bauernbewegungen und Gewerkschaften. Das Scheitern der Agrarreform und die Repression der sozialen Bewegungen durch die Regierung Turbay Ayala (1978–82) stärkte die Guerilla. Während der Regierung Turbay stieg ihre Zahl von ein- auf viertausend.

Einen ersten Verhandlungsprozess unter Präsident Belisario Betancur (1982–1986) und den Pakt zwischen der Regierung und der urbanen Guerilla »M19«, der Volksbefreiungsarmee (EPL) und den FARC nützten FARC und der ELN zur Expansion ihrer Präsenz in bis zu zwölf Departements. Die

Übergabe ihrer Waffen, die Demobilisierung und Rückkehr ins zivile Leben der Guerillagruppen M-19, EPL, »Quintín Lame« und PRT zwischen 1989 und 1991, wie auch die Bombardierung und anschließende Besetzung des Hauptquartiers der FARC durch kolumbianische Sicherheitskräfte im Dezember 1990, desorganisierten und schwächten sie zeitweise. Ab 1992 begann ihr Wiederaufbau. Die Legitimationskrise der Regierung Samper (1994–98), dessen Wahlkampf u. a. von der Drogenmafia finanziert worden war, führte zur ihrer Stärkung, begleitet von einer Expansion paramilitärischer Gruppen. Heute ist die Guerilla mit einer Präsenz in über der Hälfte der etwa tausend Kommunen Kolumbiens, allerdings meist in abgelegenen Gebieten, kräftiger als je zuvor. Ihre Anzahl wird auf ca. 27.000 Kämpfer geschätzt, von denen mehr als 20.000 den FARC, ca. 5000–6000 dem ELN und 500–700 dem EPL zugeschrieben werden.

Präsident Pastrana konzentrierte seine Friedensbemühungen vor und nach seinem Amtsantritt im August 1998 auf die FARC. Dies auch, da die FARC mit dem über 70-jährigen Manuel Marulanda, alias Tirofijo (sicherer Schuss), sowohl einen unbestrittenen Führer als auch eine klare Kommandostruktur hat. Anders als beim ELN brauchten die FARC nicht erst einen internen Verhandlungsprozess, um dann in Gespräche mit der Regierung eintreten zu können. Allerdings wird in der kolumbianischen Presse über Konflikte zwischen einem politischen Flügel der FARC, für den der Guerillero Alfonso Cano stehen soll, und dem militärischen Flügel unter Führung Jorge Briceños, alias »Mono Jojoy«, spekuliert. Beide sollen zugleich für Spannungen zwischen zwei FARC-Generationen stehen: Cano für die ältere, politisch motivierte, Mono Jojoy für die jüngere, die nur militärischen Kampf als Lebensform erlebte.

Die FARC scheinen militärisch den Lehren Mao Tse-tungs zu folgen: Über Jahre verfolgten sie die klassische Guerillastrategie des Zuschlagens und des sich schnellen Zurückziehens. Später aber, im Endkampf, – so Mao – gälte es, sich zu konzentrieren und zu Taktiken des regulären Kriegs mit größeren Truppenkontingenten (vierhundert Mann/Frau und mehr) überzugehen. Las Delicias, Patascoy und Mitu, wo die FARC jeweils bis zu zweitausend Kämpfer aufboten, stehen für

diese Art erfolgreicher Strategie, die das kolumbianische Militär demoralisierten. Seit Frühsommer des Jahres 1999 scheint sich dies geändert zu haben. Das Militär hatte Erfolge, hunderte von Guerilleros sind gefallen. Die FARC hatten nicht gedacht, dass die neue kolumbianische Regierung die durch den Einsatz von Drogengeldern im Wahlkampf des früheren Präsidenten Samper verursachte Isolierung gegenüber den USA so rasch überwinden konnte. Offensichtlich hat sich die Aufklärungsarbeit mit Hilfe der USA erheblich verbessert. Konzentrationen von mehr als zweihundert Kämpfern lassen sich – auf Grund der Wärmeausstrahlung – über Satelliten und »Plattform-Flugzeuge« leicht entdecken. So war es den kolumbianischen Militärs in letzter Zeit möglich, ihre Hubschrauber rechtzeitig einzusetzen und den FARC Verluste zuzufügen. Den FARC bleiben als Antwort zwei Alternativen: Rückzug auf die klassische Guerillastrategie oder aber Kauf von tragbaren Boden-Luft-Raketen, mit denen sie Helikopterangriffe erfolgreich abwehren können. Gerüchte über massive Einkäufe aus dem Bestand der ehemaligen Guerilla El Salvadors, der angebliche Kauf von acht Helikoptern und tausenden ostdeutschen Waffen, wie auch die selbstbewussten bis arroganten Aussagen verschiedener militärischer Führer der FARC, deuten eher auf Letzteres, also auf die Möglichkeit weiterer Eskalationen des Krieges hin.

Mit der von den FARC geforderten, und von der Regierung als Ort der Friedensverhandlungen konzedierte »Zona de Despeje« (entmilitarisierte Zone) in ungefährer Größe der Schweiz scheinen die FARC Clausewitz' berühmten Satz »Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« erfolgreich realisiert zu haben. Sie haben in der Zone ein autoritäres Regime errichtet, sie sind das Gesetz. Während früher ca. 45 Morde pro Monat registriert wurden, sind es jetzt lediglich fünf. Die FARC nutzen die Zone aber auch zum Rekrutieren neuer Kämpfer – etwa zweitausend schätzt man für 1999 – und als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet bei militärischen Operationen. Nach Angaben der Militärs werden in der Zone Ausbilder aus Nicaragua, El Salvador und dem Iran eingesetzt. Experten glauben, dass die entmilitarisierte Zone der Guerilla erlauben könnte, ihre Zahl auf über dreißigtausend zu erhöhen. Die Rebellen benutzen die Zone auch, um

ihre gesellschaftspolitischen Ziele durchzusetzen. Etwa zweitausend Zivilisten sind aus der Zone geflohen, vor allem, um zu vermeiden, dass ihre Kinder für die Guerilla rekrutiert werden.

Allerdings ist die Zone nicht nur von Vorteil für die FARC. Sie bindet viele ihrer Kräfte, erleichtert den Militärs die Aufklärungsarbeit und erlaubt ihnen Angriffe beim Rückzug der FARC in ihre Zone. Nicht nur im Establishment, sondern auch in der Guerilla, werden daher die strategischen Vor- und Nachteile der entmilitarisierten Zone diskutiert. Mitte November, einer heftigen Kritik des Präsidenten an den FARC folgend, schien es gar so, als wolle die Guerilla die Zone wieder zurückgeben.

Ein Achtel bis ein Sechstel (je nach Quelle) der Coca-Anbaufläche Kolumbiens liegt in der entmilitarisierten Zone. Auch in anderen Gebieten mit großen Anbauflächen haben ELN und FARC (allerdings auch Paramilitärs) Gebietshoheit. Aus einer Art Mehrwertsteuer, die beim Verkauf der Cocablätter, dann beim Verkauf der Paste, erhoben wird, aus Schutzgeldern für Drogenlabors und aus Steuern auf Transporte von landefähigen Pisten aus bezieht die FARC einen großen Teil ihrer Finanzmittel. Vermutlich sind auch einzelne »Frentes« der Guerilla direkt in Drogenanbau und -handel verwickelt. Dennoch scheint der von früheren kolumbianischen Regierungen, Teilen des kolumbianischen Militärs und den USA verwendete Ausdruck der »Narcoguerilla« weder die kolumbianische Guerilla noch ihre Beziehungen zum Drogenhandel adäquat zu beschreiben.

In den 80er Jahren kämpften Teile der Drogenmafia gegen die FARC in den Gebieten, in denen der Coca-Anbau begann (Meta, Guaviare, Caqueta und Putumayo), um die Durchsetzung ihres jeweiligen Gesellschaftsmodells: Die Drogenhändler bevorzugten ein Marktssystem mit einem hohen Niveau an Chaos und Gewalt, die Guerilla ein autoritäres Modell nach ihrer Planung und lediglich dem Maß an Gewalt, das Anbau und Vertrieb der Drogen sichern konnte. Die Guerilla setzte sich letztlich durch. Doch der geldträchtigere Teil des Drogenhandels, Vertrieb und Export, Geldwäsche und Schmuggel, verblieb gänzlich in Händen der Drogenmafia und ist zum Teil nach Mexiko abgewandert. Auch wenn die Drogenbesteuerung die Guerilla finanziell unab-

hängiger und damit militärisch stärker macht, hängt die Dynamik des kolumbianischen Krieges nicht von den Einkünften aus Drogenanbau und -handel ab. Denn deren Rückgang würde durch eine Ausweitung von Erpressung und Entführung kompensiert, wie dies ohnehin bei den »Frentes«, die keinen Zugang zu Coca- oder Mohnanbau haben, der Fall ist. Erfolge im Kampf gegen die Drogenwirtschaft werden daher keine Auswege aus dem bewaffneten Konflikt Kolumbiens weisen. Vieles spricht aber dafür, dass ein erfolgreicher Friedensprozess auch Erfolge im Kampf gegen die Drogenmafia begünstigt.

Die mit fünf- bis sechstausend Kämpfern erheblich kleinere Nationale Befreiungsarmee (ELN) wählte einen anderen Verhandlungsweg als die FARC. Sie suchte keine unmittelbaren Verhandlungen mit der Regierung, sondern wollte erst mit der »zivilen Gesellschaft« ins Gespräch kommen. Der ELN hat in den letzten Jahren durch Tod, Gefängnis und Rückkehr einer Untergruppe (»Renovación Socialista«) ins zivile Leben wichtige Führer verloren. Auch durch ihren Milizcharakter mit geringer Trennung zwischen militärischem und politischem Flügel, vor allem aber wegen der Schläge der Paramilitärs, ist sie militärisch und politisch geschwächt. Ihre lange Zeit unklare Kommandostruktur und Zwiste zwischen ihren Führern verzögerten das Gespräch mit der Regierung. Der Versuch, sich durch spektakuläre Entführungsaktionen – eines Avianca-Flugzeugs mit achtzig Personen, von über hundert Besuchern einer Messe in einem wohlhabenden Viertel Calis und Sportfischern auf ihrem Sonntagsausflug in Barranquilla – stärker ins Spiel zu bringen, scheiterten. Sie führten zu weiterer Isolierung und der Akzeptierung der Juniorrolle des ELN gegenüber den FARC.

Die Forderung des ELN, nach dem Vorbild der FARC ebenfalls eine entmilitarisierte Zone in ihrem Stammgebiet im Süden des Departaments Bolivar zu erhalten, wurde zunächst von der Regierung abgelehnt, da diese Zone, im Vergleich zu der der FARC, erheblich bevölkerungsreicher und sowohl geostrategisch als auch wirtschaftlich von ganz anderer Bedeutung für Kolumbien ist. Eine Reihe von Gesprächen zwischen dem Friedensbeauftragten des Präsidenten und des ELN in Venezuela und Cuba führten im Dezember jedoch zu einem Einlenken der Regierung. Sie will nun dem ELN

die Zone zur Verfügung stellen, kann es jedoch nicht wegen des Widerstandes der dortigen Bevölkerung, der Bürgermeister sowie des Gouverneurs einerseits und der Paramilitärs, die große Teile der Zone vom ELN übernommen haben, andererseits. Die Guerilla glaubte, über das Zugeständnis einer »entmilitarisierten Zone« Teile ihrer Stammzone zurückzuerhalten, die sie militärisch weitgehend verloren hatte.

Der ELN, der wegen seiner relativen militärischen Schwäche und wegen seines angenommenen größeren intellektuellen Potenzials als friedensbereiter als die FARC gilt, müsste seine Taktik und Strategie wandeln, um aus dem Schatten der FARC zu treten: Er müsste weniger Forderungen vor Beginn des Prozesses und mehr danach stellen. Auch könnte er mit der Möglichkeit eines Waffenstillstandes, der für die FARC noch nicht attraktiv ist, spielen, um so wieder eine gewisse Vorreiterrolle zu übernehmen.

Selbstverteidigungsgruppen und Paramilitärs

Zu Zeiten der Regierung Turbay, also zu Anfang der achtziger Jahre, expandierte die Guerilla ihre Aktivitäten in Viehzüchtergegenden, im Magdalena Medio, Uraba und Córdoba. Als Antwort auf diese Expansion, ihre Erpressungen und Entführungen, stellten Großgrundbesitzer, mittlere Bauern und Händler mit Unterstützung des Militärs eigene »Selbstverteidigungsgruppen« auf. Etwa zur gleichen Zeit nutzten Teile der Drogenmafia den Exodus der von der Guerilla bedrohten Grundeigentümer, um große Ländereien in diesen Gegenden zu erwerben. Als Reaktion auf Entführungen von Familienmitgliedern der Drogenhändler durch die Guerilla wurden Todesschwadronen organisiert, in denen auch Offiziere des Heeres vertreten waren. Die schon bestehenden Selbstverteidigungsgruppen wurden zunehmend abhängiger von Geldern der Drogenmafia. Vor allem »El Mejicano«, Gonzalo Rodríguez Gacha, der inzwischen tote, blutrünstigste der Drogenbosse, nutzte sie – aus eigenen antikommunistischen Impulsen – zwischen 1986 und 1990, um Guerilleros, deren zivile Sympathisanten und Teile der dreitausend aktiven Mitglieder der legalen FARC-nahen Partei »Unión Patriótica« umbringen zu lassen.

Nachdem die Regierung Barco 1989 den Drogenhändlern den Krieg erklärt hatte, entschieden sich die Selbstverteidigungsgruppen unter Fidel Castaño zunächst für einen Waffenstillstand, wechselten später aber ihren Kurs. Nun kämpften sie zum einen gegen das Medellín-Drogenkartell von Pablo Escobar, zum anderen gegen die Guerilla.

1997 wurden die »Autodefensas Unidas de Colombia« (Vereinigte kolumbianische Selbstverteidigung) unter ihrem Führer Carlos Castaño gegründet, der in Interviews angibt, sechs- bis siebentausend Kämpfer zu haben. Die Paramilitärs agieren in den Gebieten, in denen die Guerilla einflussreich ist. Ihr Kampf richtet sich jedoch meist nicht gegen die Guerilla, sondern mit Massakern und selektiven Mordaktionen, Entführungen und Erpressungen gegen deren angenommene Sympathisanten, Informanten und Unterstützer in der Zivilbevölkerung. Etwa 75 % der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien werden den Paramilitärs zugeschrieben. Ihre Kampfform dezimiert die Guerilla weniger, als dass sie sie in andere Gebiete vertreibt. Zwischen 1990 und 1997 wurden zwischen kolumbianischem Heer und Selbstverteidigungsgruppen sieben, zwischen Heer und Guerilla fünftausend bewaffnete Kontakte gezählt. Diese »Neutralität«, nicht unbedingt aktive Unterstützung des Militärs, erleichterten den Paramilitärs die Erweiterung ihres Aktionsradius und Erfolge gegen die Guerilla.

Am Beispiel der Paramilitärs zeigt sich Doppelmoral als ein Charakteristikum des politischen Lebens in Kolumbien. So werden vom Militär oder vom kolumbianischen Unternehmertum jegliche Verbindungen zu Paramilitärs geleugnet, man gibt sich indigniert und spricht von kriminellen Organisationen. Privat jedoch wird ohne Scheu über die Notwendigkeit ihrer Unterstützung gesprochen. Der Chef der Paramilitärs, Carlos Castaño, scherzt, er fühle sich wie eine geheime Geliebte, die man benötige, aufsuche, aber immer leugne.

Die Paramilitärs versuchen sich zunehmend als »rechte« politische Gruppierung zu profilieren. Als solche fordern sie direkte Verhandlungen mit der Regierung. Da aber die FARC damit drohen, die Gespräche abzubrechen, sollte die Regierung keine Erfolge im Kampf gegen die Paramilitärs aufweisen oder gar Gespräche mit ihnen auf-

nehmen, ist derzeit ein Verhandlungsprozess mit ihnen nicht möglich. Ohne Verhandlungen mit den Paramilitärs wird es allerdings in Kolumbien langfristig nicht zum Frieden kommen können.

Das kolumbianische Militär: Erfolge ohne Chancen auf Sieg

In Umfragen genießt das kolumbianische Militär derzeit erheblich größeres Vertrauen als in früheren Jahren. Viele Kolumbianer setzen es in der Vertrauensskala nach der Kirche an die zweite Stelle. Auf Druck der USA und – paradoxerweise – der FARC, aber auch aus Überzeugung, hat der Präsident im Frühjahr 1999 drei im Kampf erprobte und in ihrer Organisation angesehene Generale entlassen, da sie der Unterstützung von Paramilitärs verdächtigt wurden. Er handelte sich damit den Rücktritt seines angesehenen Verteidigungsministers und seine bisher schwerste Kabinettskrise ein. Gegen über dreitausend Militärangehörige wurden im Jahre 1999 wegen Menschenrechtsverletzungen, Unterstützung der Paramilitärs oder anderer Unregelmäßigkeiten, Prozesse eingeleitet bzw. Verurteilungen ausgesprochen.

Neues Vertrauen gewann das Militär nach jahrelangen Niederlagen auf Grund von Erfolgen gegen die Guerilla im Jahr 1999. Präsident Pastrana wusste bei Amtsantritt, dass ihm nur der Verhandlungsweg offen stand, da eine militärische Lösung des bewaffneten Konflikts bei der geringen Schlagkraft der ererbten Streitkräfte nicht denkbar war. Der Präsident, sein Verteidigungsminister und die neue militärische Führung versprechen daher radikale Reformen, beispielsweise die Umstellung auf ein Berufsheer im Jahre 2000. Solche Reformen lassen bisher auf sich warten. So verbringen auch heute noch mehr Offiziere ihre Zeit hinter Schreibtischen als mit ihrer kämpfenden Truppe. Von insgesamt ca. 157.000 Soldaten sind nur etwa 35.000 operativ eingesetzt, bzw. einsetzbar.

Aber auch kleine taktische und strategische Veränderungen, die einen fragen lassen, warum sie nicht früher eingeführt wurden, hatten Erfolg: So wurde der Wert der hohen Beweglichkeit von Hubschraubern entdeckt, wie auch, dass die Guerilla im Moment der Schwäche, also beim

Rückzug aus einem angegriffenen Gebiet oder Dorf, nicht während dessen Besetzung, angegriffen werden muss. Vor allem hat sich dank amerikanischer Unterstützung die militärische Aufklärungsarbeit verbessert. Man hört systematisch die Kommunikationen der Guerilla ab und entdeckt über Infrarotdetektoren auch ihre Massierungen.

Die Streitkräfte sind gegenüber der zivilen Regierung loyal, aber auch davon überzeugt, dass die politische Führung für den schlechten Zustand Kolumbiens und die Erfolglosigkeit im bewaffneten Konflikt verantwortlich sei. Im Militär geht Angst um, ein Frieden könne auf Kosten seiner Ehre und seiner freien Entscheidungsmöglichkeiten geschlossen werden, Frieden könne insofern Verrat an seinem Kampf und seinen Opfern sein. Manche Zirkel innerhalb und außerhalb des Militärs stricken an einer Art Dolchstoßlegende, nach der weder die öffentliche Meinung noch die Guerilla das kolumbianische Militär schlagen oder schwächen könne, sondern nur der Staat in einer konzertierten Aktion von Exekutive, Justiz und Kongress. Durch die »demente« Politik Pastranas, so heißt es, werde Kolumbien von der Agonie in den Zusammenbruch geführt. Der Präsident sei naiv, entscheide voreilig unter Druck von Verbündeten der Aufständischen und verschenke Kolumbien.

Eliten und Zivilgesellschaft: »No Más!«

Über zweihundert Entführungen pro Monat – durch die Guerilla, durch Paramilitärs, durch private Banden, die die Entführten an Guerilla und Paramilitärs weiterverkaufen – haben den bewaffneten Konflikt auch in den städtischen Zentren und im »Establishment« fühlbar gemacht. Entführungsrisiken scheinen vielen zu groß, um mit dem Auto über Land zu reisen.

Am 26. Oktober 1999, dem Tag des Neubeginns der Verhandlungen zwischen FARC und der Regierung, gingen etwa zehn Millionen Kolumbianer in verschiedenen Städten des Landes mit dem Slogan »No Más!« (Es reicht!) auf die Straße. Dieser Marsch, den die FARC zunächst als Aktion des Establishments abqualifizieren wollten, steht für eine allmähliche Abkehr der Kolumbianer von ihrem traditionellen radikalen Indivi-

dualismus, dem Vertrauen ausschließlich in die Familie und den engsten Freundeskreis, und ihrer politischen Apathie. Die Gesellschaft agiert inzwischen gegen Korruption und Gewalt. Zunehmend ist die Bereitschaft zu erkennen, eine neue Nation in kollektiver Art und Weise zu konstruieren. Die bis zu zwei Millionen durch Gewalt Vertriebenen, fast ausschließlich aus den ländlichen Gebieten, die die Städte erreichen, die schweren Verletzungen der Menschenrechte und die Entführungsindustrie lassen sich nicht mehr wie in früheren Zeiten als vernachlässigbare Phänomene in einzelnen abgelegenen Gebieten verdrängen.

Interessanterweise hat sich auch die Unternehmerschaft, anders als in den achtziger Jahren, während der sie sich gänzlich abseits hielt und gar gegen die Versuche eines Friedensprozesses agitierte, aktiv in den Friedensprozess eingeschaltet. Als Erklärung wird von kolumbianischen Experten angeboten, dass in den achtziger Jahren die kolumbianische Wirtschaft geschlossen gewesen sei, daher die ca. drei bis sieben Prozent Zusatzkosten des Konfliktes an den Konsumenten weitergebar gewesen seien, in den neunziger Jahren die Wirtschaft aber eine offene geworden sei und damit der Konflikt einen klaren Konkurrenznachteil darstelle.

Die kolumbianische Unternehmerschaft versteht sich zunehmend als Teil der zivilen Gesellschaft. Natürlich spricht sie nicht mit einer Stimme, die Interessen der ländlichen Unternehmer müssen anders sein als die derjenigen, die in die globalen Märkte integriert sind. Bei ersteren wird man stärker auf eine militärische Lösung setzen, bei Letzteren auf den Verhandlungsweg.

Die stärkere Formierung und Beteiligung der sogenannten Zivilgesellschaft, zahlreicher NGOs und sozialer Netze, die auch von der Guerilla in Form thematischer Anhörungen zu den einzelnen Punkten der Friedensagenda gewünscht wird, ist – neben der stärkeren internationalen Präsenz – die größte Garantie für den Fortgang des Prozesses.

Präsident Pastrana und seine Regierung: Engagement trotz Improvisation

Präsident Pastrana wird vorgeworfen, er kümmere sich nicht um Details, nehme Akten und technische Vorgänge kaum zur Kenntnis, delegiere zu

viel und verzögere so die Lösung von Problemen. So dauerte die Entwicklung einer einigermaßen kohärenten Wirtschaftspolitik über ein Jahr. Eine Sozialpolitik ist bisher nicht zu erkennen. Das Wiederaufbau-Programm für die durch ein großes Erdbeben zerstörte Kaffeezone hat nicht die erhofften Resultate gebracht. Die angekündigte radikale politische und administrative Reform blieb aus.

Doch der Friedensprozess ist eine Ausnahme: Hier engagiert sich der Präsident rückhaltlos. Er ist sein Projekt mit historischer Dimension. Obwohl klassischer Vertreter des kolumbianischen Establishments und ein stolzer, ja arroganter Mann, war Pastrana bereit, Verzögerungen und Arroganz der Guerilla bis hin zu Demütigungen zu ertragen, um den Prozess am Laufen zu halten. Im Unterschied zu manchen früheren Präsidenten stellt Pastrana sein Land – auch im Ausland – als das vor, was es ist: Er beschreibt den bewaffneten Konflikt, er stellt das Verhältnis von Gewalt, Guerilla und Drogenhandel adäquat dar. Diese – wohl erstmalige – fast rückhaltlose Offenheit mag Kolumbien manche Direktinvestitionen gekostet haben. Sie hat aber auch die Kolumbianer von der Notwendigkeit überzeugt, die Probleme nicht weiter zu verdrängen, sondern anzugehen. Pastrana ging von der Tradition ab, die Guerilla als Delinquenten zu bezeichnen, und erkannte sie als politische Gegner an; er sah die Notwendigkeit einer entmilitarisierten Zone und setzte sie auch gegen den Widerstand der Militärs und Teile des kolumbianischen Establishments durch.

Von vielen Kolumbianern wird allerdings die langfristige Strategie des Präsidenten als Nachgiebigkeit und Schwäche gedeutet: »Falta Jefe« (es fehlt ein Chef), heißt es in den kolumbianischen Medien. In der Tat spricht manches für zu viel Improvisation und Unklarheit auf Seiten der Regierung. So waren offensichtlich die Konsequenzen der Entscheidung für eine »entmilitarisierte Zone« völlig unbedacht geblieben. Die Regierung tendiert dazu, sich abzuschotten, Expertenwissen bleibt unbefragt, Opposition und Zivilgesellschaft sind zu wenig eingebunden.

Mangels anderer Alternativen muss die Regierung Pastrana »Verhandlungen im Krieg« führen. Dessen Ausweitung und Brutalisierung, die Vertiefung der Wirtschaftskrise, zwanzigprozentige Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und der

Mangel an greifbaren Erfolgen im Friedensprozess ließen die mit dem Amtsantritt Pastranas im August 1998 verbundenen Hoffnungen der kolumbianischen Bevölkerung zerrinnen. Heute herrscht Skepsis vor. Nur noch ein Drittel der Kolumbianer unterstützen die Amtsführung des Präsidenten. Dass Pastrana auf seinen Auslandsreisen eine gute Figur macht und das Verhältnis zum wichtigsten »Partner«, den USA, erheblich verbessert hat, wird allerdings auch von seinen Kritikern anerkannt.

Die Außenabsicherung des Prozesses: Kolumbianische Friedensdiplomatie

Seit 20 Jahren haben sechs Präsidenten in Kolumbien Anstrengungen unternommen, den bewaffneten Konflikt zu beenden. Drei Regierungen suchten den Verhandlungsweg zur internen Konfliktlösung: Belisario Betancur Cuartas (1982–1986) mit zunächst gutem Erfolg, aber ohne die gewünschten Ergebnisse gegen Ende seiner Amtszeit, Ernesto Samper Pizano (1994–1998) ohne irgendeinen Erfolg und – eindeutiger als jede andere Regierung vor ihm – Andrés Pastrana Arango (1998–2002). Basis der Friedensdiplomatie Pastrana ist ein Paket von fünf internen Strategien, die im sogenannten »Plan Colombia« zusammengefasst sind.

- ▶ Erstes Element ist der Friedensverhandlungsprozess, der die Notwendigkeit von politischen, rechtlichen und sozialen Reformen akzeptiert und den Frieden als Resultat eines breiten, sozialen Konsenses mit allen wirtschaftlichen, politischen und bewaffneten Akteuren anvisiert.
- ▶ Ein weiteres Element ist die Reaktivierung der Wirtschaft mit einem speziellem Programm zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt.
- ▶ Eine Reform des Justizsektors soll die rechtsstaatliche Situation verbessern. Vorgesehen ist u. a. die Konfiszierung von Vermögen, das durch Geldwäsche, Drogenhandel, Schmuggel und Korruption erworben wurde.
- ▶ Eine Strategie zur Drogenbekämpfung sieht u. a. eine Verringerung der Anbauflächen um fünfzig Prozent in den nächsten sechs Jahren vor. Flankierend ist ein Programm der Substitution des Anbaus von Coca und Mohn (Ama-

pola) durch andere Agrarprodukte vorgesehen, zugleich ein Programm zum Umweltschutz in den Anbaugebieten im Choco sowie im Amazonas- und Orinocogebiet. Um die Drogenkartelle erfolgreich bekämpfen zu können, sollen Streitkräfte und Polizei umstrukturiert werden. Damit soll auch eine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Land einhergehen.

- ▶ Letztes Element ist ein Programm, das »Demokratisierung und Sozialentwicklung« genannt wird. Es umfasst Hilfsprogramme für Opfer des Konfliktes, Kinder, alleinstehender Mütter, alte Menschen, ethnische Gruppen und insbesondere die Gruppe der durch Gewalt Vertriebenen (desplazados). Mit einem weiteren Subprogramm soll nachhaltige Entwicklung in ökologisch gefährdeten Zonen, also vor allem Drogen- und Konfliktzonen, gefördert werden.

Die Kosten des »Plan Colombia« werden von der Regierung für drei Jahre auf 7,5 Milliarden Dollar geschätzt. 3,5 Milliarden Dollar sollen durch die Länder des Nordens (USA: 1,5 Milliarden) aufgebracht werden. Begründet wird die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft mit dem Prinzip der »gemeinsamen Verantwortung«. Ohne die Drogenkonsumenten in den entwickelten Ländern, den USA und Europa – so die Argumentation – würde eine Bekämpfung des Drogenanbaus durch große Sprühaktionen (ca. 130.000 ha in den letzten 10 Jahren) mit ihren katastrophalen ökologischen Nebenwirkungen (Kolumbien ist das Land mit der zweithöchsten Biodiversität der Welt) unnötig werden. Da die Drogenanbaugebiete zu großen Teilen von der Guerilla, zu kleineren Teilen von den Paramilitärs beherrscht würden, eine Lösung des bewaffneten Konflikts folglich eine *conditio sine qua non* zur erfolgreichen Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels sei, müssten Nordamerika und Europa sowohl bei der Überwindung des bewaffneten Konflikts als auch der Bekämpfung des Narcotráfico, der Wiederherstellung des durch die Drogenbekämpfung zerstörten ökologischen Gleichgewichtes und der Förderung nachhaltiger Entwicklung in den Konflikt- und Drogenzonen Verantwortung übernehmen. Kolumbiens Friedensdiplomatie gegenüber den Industrieländern ist darauf gerichtet, der internationalen Gemeinschaft die enge Beziehung zwischen Menschenrechtsproblematik, Umweltzerstörung im Amazonas- und Orinoco-

Gebiet, Drogenwirtschaft und Guerillakrieg darzustellen.

Bisher war der Friedensdiplomatie, vor allem in den USA, Erfolg beschieden. Kolumbien erhielt 1999 ca. 295 Millionen Dollar an Militärhilfe, die dritthöchste US-Zuwendung nach Israel und Ägypten und mehr als ganz Lateinamerika einschließlich der Karibik zusammen erhält. Präsident Clinton legte dem Kongress im Januar dieses Jahres ein Hilfspaket für Kolumbien im Wert von zusätzlichen fast 1,3 Milliarden Dollar für die Jahre 2000 bis 2001 vor. Von dieser Summe sind 115 Millionen für »alternative Entwicklung«, also Drogenanbau-Substitution und Umwelt-Programme, und 93 Millionen zur Verbesserung der Menschrechtssituation, Verbesserung des Justizwesens etc., vorgesehen. Über eine Milliarde Dollar, also annähernd achtzig Prozent, sind dagegen der Stärkung von Militär und Polizei zugeordnet. Offiziell dient die Aufrüstung der Drogenbekämpfung im Süden des Landes. Da aber die meisten Drogenanbaugelände dort von den FARC beherrscht werden, wird diese Art US-Hilfe – so die Befürchtung vieler kolumbianischer Experten – vor allem der Fortsetzung und Intensivierung des Konflikts dienen. Andererseits mag sie auch die FARC zum Nachdenken über die Kosten einer weiteren Kriegeskalation bewegen.

Für die Länder der Europäischen Union – Spanien ausgenommen – hat Lateinamerika und damit auch Kolumbien bisher keine internationale Priorität. Europa wird daher in Kolumbien gelegentlich als »die große Abwesende« (la gran ausente) bezeichnet. Für einen Erfolg des kolumbianischen Friedensprozesses, nicht nur für die Finanzierung des »Plan Colombia« ist eine aktivere Beteiligung Europas, nicht zuletzt auch aus der Sichtweise der Guerilla, unabdingbar.

Eine zweite Linie der kolumbianischen Friedensdiplomatie ist auf seine Nachbarn gerichtet. Kolumbien hat über sechstausend Kilometer, meist unbewohnte, Grenzen: 2219 mit Venezuela, 1645 mit Brasilien, 1625 mit Peru, 586 mit Ecuador und 266 gänzlich unkontrollierbare Kilometer mit Panama. Man schätzt, dass an den kolumbianischen Grenzen einundsiebzig Gruppen der Guerilla mit ungefähr zehntausend Kämpfern und fünfundvierzig Gruppen der Paramilitärs mit ca. zweitausend Mann operieren, ebenso etwa dreißigtausend Militärs und Polizeitrup-

pen Kolumbiens. Neben Waffenschmuggel, dessen Opfer Kolumbien ist, beklagen die Nachbarn den Missbrauch der Grenzgebiete ihrer Staaten als Rückzugs- und Ruheräume durch die Guerilla. Venezuela scheint von allen Ländern am ehesten gerüstet, seine Grenze mit ca. zwanzigtausend Soldaten in hundertfünf Militärposten gemeinsam mit etwa siebzehntausend kolumbianischen Militärs zu kontrollieren. An der Grenze zu Brasilien hat Kolumbien rund fünftausend Mann stationiert, Brasilien etwa zehntausend. Panama, das lediglich über Polizei verfügt, ist nicht in der Lage, seine Grenzen zu kontrollieren. Der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte Süd, General Wilhelm, stellte dementsprechend im Sommer fest, Panama könne wegen der Präsenz der FARC an seinen Grenzen nicht die Sicherheit des Kanals garantieren. Aber nicht nur in den USA wird die »kolumbianische Gefahr« als Argument für die Durchsetzung anderer politischer Interessen genutzt. Der peruanische Präsident Fujimori z. B. treibt mit dem Hinweis auf die kolumbianische Bedrohung erfolgreich Wahlkampf.

Venezuelas Präsident, Oberst Hugo Chavez hat eine Vision des Weges zum kolumbianischen Frieden, die keineswegs mit der der kolumbianischen Eliten übereinstimmt. Während diese die uneingeschränkte Unterstützung der USA suchen, befürchtet Chavez, dass eine verstärkte Einflussnahme von amerikanischen Beratern und Geldern in Kolumbien die Realisierung seines bolivarianischen Projektes mit neuen lateinamerikanischen Unabhängigkeitsräumen gegenüber den USA erschweren, bzw. eine neue Ära des amerikanischen Interventionismus in Südamerika einleiten könne. Brasilien scheint die rationalste und kooperativste Außenpolitik gegenüber der »kolumbianischen Bedrohung« zu betreiben.

Kolumbiens Nachbar-Friedensdiplomatie bemüht sich, unerwünschte Interventionen im Friedensprozess ebenso wie einen angeblich ursprünglich von den USA geplanten »cordon sanitaire« seitens der Nachbarn zu vermeiden. Die Unterstützung einzelner Nachbarstaaten, vor allem Brasiliens und Venezuelas (auch wegen des Einflusses von Präsident Chavez auf die FARC) zwecks Bildung eines »Freundeskreises« oder eines »Verifikationskommittees« wird man zu gegebener Zeit suchen müssen.

Kolumbiens Friedensdiplomatie ist bisher bilateral ausgerichtet, eine klare Vorstellung zur Rolle multilateraler Institutionen, der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) oder der UNO, scheint noch nicht gefunden. Doch die Bestellung des ehemaligen norwegischen Vize-Außenministers, Jan Egeland, durch Generalsekretär Kofi Annan zum UN-Kolumbien-Beauftragten, könnte Wege weisen.

Noch unterstützt die amerikanische Administration die Friedensbemühungen Pastranas, eine Intervention über die Nachbarstaaten wird ausgeschlossen. In vielen Dokumenten der US-Administration wird jedoch auch der totale Staatszusammenbruch Kolumbiens bedacht. In diesem Falle wäre eine andere und verstärkte Präsenz ausländischer Akteure im Lande nicht auszuschließen. Auch daher sollten die Länder der Europäischen Union ihre bisherige Zurückhaltung im kolumbianischen Friedensprozess überdenken.

Zur Zukunft des Friedensprozesses: Vier Szenarien

»Friedensverhandlungen im Krieg«, in einem sich verschärfenden Krieg mit mehr Massakern, Attentaten, Morden, Entführungen und Vertreibungen, mit mehreren Akteuren ohne eindeutige Friedensmotivationen, in einer Wirtschaftskrise, wie sie das Land seit 70 Jahren nicht erlebt hat, stellt große Herausforderungen an Umsicht und Planung, an politische Fähigkeiten einer Regierung. Mehr noch, wenn das Ziel des Verhandlungsprozesses unklar ist und lediglich feststeht, dass es nicht das übliche Schema »Waffenstillstand, Demobilisierung der Aufständischen und deren Reintegration in die Gesellschaft« sein kann. Die notwendige Unklarheit über die zu erwartenden Ergebnisse, der Mangel an greifbaren Zwischenresultaten, stattdessen eine Intensivierung des Krieges, ließen in der Bevölkerung Skepsis und Wünsche nach einer militärischen Lösung wachsen. Dies wiederum könnte auf Dauer die Befürworter einer Verhandlungslösung schwächen und konservative Ultras im Militär und im Establishment, aber vor allem auch in der Guerilla stärken.

Ein bewaffneter Konflikt ist reif für Verhandlungen, wenn die Kosten einer Verlängerung des

Konfliktes allen Beteiligten höher scheinen als die möglichen Kosten von Verhandlungen. In diesem Sinne scheint der Bürgerkrieg in Kolumbien noch nicht die nötige Reife erlangt zu haben. Die FARC, weniger der ELN, können sich ausrechnen, auf militärischem Gebiet noch manches zu erreichen. Ähnlich denken Kreise des Militärs und des Establishments. Auch daher gibt es »Verhandlungen im Krieg« und nicht Verhandlungen während eines Waffenstillstands.

Dennoch ist seit dem Amtsantritt Pastranas, trotz Pannen, Sackgassen, Unsicherheiten und Verzögerungen manches – für einen in vierzig Jahren verkrusteten Konflikt, dessen soziale Ursachen nicht beseitigt sind – erreicht worden: Der Dialog mit den FARC ist formalisiert, eine gemeinsame Verhandlungsagenda etabliert worden. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist über öffentliche Anhörungen zu jedem Agendapunkt vorgesehen. Auch im Verhältnis zum ELN sind viele Hindernisse und Verwerfungen überwunden worden, der Beginn eines Dialoges in absehbarer Zeit ist vorstellbar.

Wie könnte der Prozess weitergehen? Vier Szenarien sind vorstellbar:

Szenario 1: Dank großzügiger und steigender US-amerikanischer Hilfe – Helikopter, Flugzeuge, Flussbote, Aufstellung weiterer mobiler Elitetruppen, Training und Restrukturierung der Streitkräfte, Verbesserung der Kommunikation und der Aufklärungsarbeit – gelingt die Eindämmung des Vormarsches der Aufständischen und letztlich ein Sieg über sie. Doch obwohl das kolumbianische Militär im letzten Jahr einige Erfolge aufzuweisen hatte, steht seine Restrukturierung noch am Anfang. Die Guerilla, vor allem die FARC, rekrutieren neue Kämpfer, kaufen neue Waffen, verfügen über fast unbeschränkte finanzielle Mittel, operieren in Gebieten, die für jede Infanterie, nicht nur die kolumbianische, äußerst schwer zugänglich sind. Dieses Szenario ist daher auf absehbare Zeit äußerst unwahrscheinlich – auch weil die kolumbianische Bevölkerung nicht bereit wäre, die Kosten der für einen Sieg nötigen Mobilisierung zu tragen.

Szenario 2: Hauptsächlich die FARC, marginal auch der ELN, intensivieren ihre militärischen Aktionen, gewinnen ihre Dominanz auf den Flüssen zurück, können kolumbianische Truppen einkreisen und schlagen, arbeiten mit Guerilla-

taktik, stellen sich aber auch massierten Truppen im offenen Kampf und gewinnen allmählich. In diesem Falle stünden die USA vor einem Dilemma: Entweder intervenieren sie direkt in Kolumbien, eine Möglichkeit, die nach dem Vietnamkrieg wenig wahrscheinlich ist, oder sie bewegen die Nachbarstaaten Kolumbiens zu einer von den USA unterstützten Intervention. Die Alternative wäre, dass sich die US-Administration mit einer »Guerrilla-Regierung« mit Verbindungen zum Drogenhandel und einem den Interessen der USA zuwiderlaufenden Gesellschaftsbild abfindet. Auch diese Option ist in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich. Jedoch gilt Clausewitz' Weisheit, dass der Krieg das Reich der Unsicherheit ist. Immerhin würden nach Umfragen vom Sommer 1999 bis zu 65 Prozent der Kolumbianer eine militärische Intervention von außen begrüßen.

Szenario 3: Der Verhandlungsprozess wird zwar formell nicht abgebrochen, kommt aber nicht voran. Man spricht über Verfahrensweisen, jedoch nicht über Inhalte. Vermehrt erscheinen erwünschte und unerwünschte Vermittler, auch aus dem Ausland. Enttäuschung und Skepsis in der kolumbianischen Bevölkerung wachsen, die Regierung wird zunehmend diskreditiert. Kolumbianische Experten berechnen, dass wenn man die Geschwindigkeit der Verfahren des Jahres 1999 beibehalte, der Friedensprozess an die neunzehn Jahre dauere und ein Waffenstillstand erst nach etwa neun Jahren in Aussicht stünde. Dieses Szenario ist nicht unwahrscheinlich, allerdings würde es über kurz oder lang zu einer der anderen drei Szenarien führen. Zudem eröffnen die Ende Januar 2000 getroffenen Vereinbarungen zur Reihenfolge der zu verhandelnden Agendapunkte und zur Beschränkung der Behandlung des ersten Pakets, der Reform des Wirtschaftsmodells, auf – unwahrscheinliche – sechs Monate, neue Hoffnungen.

Szenario 4: Die Verhandlungen über die Themen der Friedensagenda beginnen, der Prozess läuft. Sollte dieses mögliche, wenn auch optimistische Szenario eintreten, so sind vielerlei politische Konflikte vorzusehen. Man stelle sich beispielsweise die Debatte zum Punkt »Rolle des kolumbianischen Militärs« vor und darin die Diskussion über eine mögliche Integration von Kämpfern der Guerilla und regulären Soldaten in neuen Streitkräften oder aber die Diskussion um

das »ökonomische Modell«! Wie soll der Tagesordnungspunkt einer in Kolumbien nie durchgeführten »Agrarreform« behandelt werden? Beträfe sie lediglich unbewohnte oder staatliche Ländereien, dürfte es keine größeren Probleme geben. Wie aber wird man die weiträumigen, bestenfalls extensiv genutzten – möglicherweise von Paramilitärs geschützten – Ländereien der Drogenhändler oder Großgrundbesitzer behandeln?

Es werden sich also viele voraussehbare Konflikte ergeben. Hinzu kommen die vorgesehenen, öffentlichen Anhörungen mit der Zivilgesellschaft, aus denen wiederum eine Unzahl von neuen Verhandlungsthemen, die über die Zwölfpunkteagenda hinausgehen, erwachsen können. Die Anhörungen werden im Territorium der FARC, der entmilitarisierten Zone, stattfinden. Deren Hauptstadt, das zwanzigtausend Einwohner zählende Kleinstädtchen San Vicente del Caguán, könnte so zur heimlichen politischen Hauptstadt Kolumbiens werden. Es könnte eine Dynamik entstehen, die alle, die Klagen vorzubringen haben, wie Familienmitglieder von Entführten, Bauern ohne Land, Gewerkschaften, die sich gegen die Privatisierung ihres Unternehmens wehren, Bekannte und Verwandte von Drogenhändlern, die an die USA ausgeliefert werden sollen, etc. nach San Vicente pilgern lassen, um die Unterstützung der FARC zu erbitten. Um solches zu vermeiden, müsste die Regierung ihre bisherige, gelegentlich an einen Vermittler erinnernde, Rolle ändern und in die des wahren Vertreters der kolumbianischen Bürgerschaft hineinwachsen. Hierzu sind manche Veränderungen des bisherigen verschlossenen, abgeschotteten Stils der Regierung nötig. Die Regierung muss in einen stärkeren Dialog mit der Gesellschaft treten, eine Strategie muss erkennbar werden. Das Projekt des Verhandlungsprozesses muss zum nationalen Projekt Kolumbiens werden. Mittelfristig ist die schwierige Aufgabe einer Synchronisation der beiden Agenden mit FARC und ELN anzugehen. Ein Waffenstillstand kann in absehbarer Zeit nicht erwartet werden. Derzeit dienen die Verhandlungen den FARC – auch Teilen des Establishments – vor allem der Stärkung ihrer Kriegstrategie. Erst wenn der Prozess voranschreitet, wird der Krieg der Stärkung der Verhandlungsposition dienen können.

Endspiel

Was am Ende des Friedensprozesses stehen könnte, unter welchen Konstellationen eine Integration der Guerilla bzw. eine Fusion der beiden Kolumbien denkbar wäre, wird im Lande erstaunlich wenig diskutiert. Grund dafür mag sein, dass jegliche Konstellation am Ende des Prozesses für die große Mehrheit der Bevölkerung zurzeit kaum vorstellbar oder akzeptabel erscheint.

Ausgangspunkte für Endspielszenarien sind folgende Überlegungen:

- ▶ Die Guerilla wird ihren bewaffneten Kampf nicht beenden, wenn sie keine attraktive Alternative der Ausübung politischer Macht findet. Sie ist militärisch stark, aber politisch schwach. In Umfragen zeigen nur sechs bis maximal elf Prozent der kolumbianischen Bevölkerung gewisse Sympathien für sie. Trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den herrschenden Parteien, der liberalen und der konservativen, können sich höchstens zwei von zehn Befragten das Mitmachen in oder die aktive Unterstützung einer anderen Partei bzw. einer anderen politischen Bewegung vorstellen. Warum sollte sich also eine militärisch starke Guerilla Wahlen stellen, in denen sie nicht siegen kann? Das Beispiel der Anfang der neunziger Jahre ins Zivilleben reintegrierten Guerillabewegung M19, die in Wahlen keine Rolle mehr spielt, ebenso wie die Erfahrungen mit den reintegrierten Guerillabewegungen in El Salvador und Guatemala, werden von FARC und ELN nicht unberücksichtigt bleiben.
- ▶ Die Guerilla benötigt klare Garantien für die Sicherheit ihrer Mitglieder und die dauerhafte Einhaltung der mit ihr getroffenen Vereinbarungen. Auch nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens wäre es utopisch anzunehmen, die Guerilla würde ihre Waffen abgeben und sich in ihre Stammzonen zurückziehen. Nicht nur die Erfahrung mit ca. dreitausend von Paramilitärs, undefinierten Todesschwadronen und wohl auch von Militärs ermordeten Mitgliedern des früheren politischen Arms der FARC, der »Patriotischen Union«, lässt eine Verweigerung in dieser Hinsicht logisch erscheinen. Gibt aber die Guerilla ihre Waffen nicht ab, so wird ein Zusammenleben mit »normalen« Kolumbianern kaum möglich sein. Der Vorschlag eines ELN-Führers, die Guerilla müsse sich später in ein

neu zu schaffendes kolumbianisches Militär integrieren, könnte die benannten Probleme, abgesehen vom Widerstand der derzeitigen militärischen Führung, nur begrenzt lösen. Die vom früheren Chef der liberalen Partei, Horacio Serpa, und anderen vorgetragene Vorstellung einer späteren Koalitionsregierung aus »Establishment« und Guerilla, die Letzterer mehr Einfluss zugestehen würde, als ihr nach Wahlen zustehen, müsste zeitlich begrenzt sein und könnte letztlich wohl kaum den Machtambitionen der Guerilla entsprechen.

Diese Überlegungen zum Ausgangspunkt nehmend, könnte folgendes Paket als »Endspiel« angedacht werden:

Den ohnehin vertretenen Wünschen und Forderungen vieler Kolumbianer, vor allem in Antioquia und in den atlantischen Küstenregionen folgend, würden die derzeitigen Departamentos aufgegeben, eine gründliche territoriale Neuordnung des Landes betrieben und Kolumbien verfassungsmäßig in eine Art Bundesrepublik, eine föderale Republik mit erheblich größeren territorialen Einheiten, mit Pflichten und Rechten ähnlich denen der bundesdeutschen Länder, umgewandelt. Die Polizeikräfte würden der Länderhoheit unterstellt. Die Guerilla könnte durch Wahlen in zwei oder mehr der neu geschaffenen »Bundesländer«, beispielsweise Orinoquia und Amazonia, die flächenmäßig etwa die Hälfte Kolumbiens ausmachen, politische Macht und Verantwortung übernehmen. Ehemalige Guerilleros würden mit ihren Waffen den größten Teil der dortigen Polizeikräfte ausmachen. Beides wären Gebiete mit relativ geringer Bevölkerung, aber sehr großen Entwicklungspotenzialen und -herausforderungen. Durch besondere Regelungen könnte der kolumbianische Staat verpflichtet werden, während einer bestimmten Zeit höhere finanzielle Transfers an diese Gebiete abzuführen. Auch da große Teile des Drogenanbaus in diesen Gebieten liegen, könnte die dann Ex-Guerilla über die Erfolge bei der Substitution der Anbauflächen und im Kampf gegen den Drogenhandel zunehmende nationale und internationale Legitimation gewinnen. Hierbei ist zu bedenken, dass die derzeitige Verwendung der Drogengelder durch die Guerilla nicht die Taschen einzelner ihrer Führer füllt, sondern sauberer gehandhabt scheint als die des kolumbianischen Staatshaushaltes.

Da die aus der Guerilla entstandenen, dann existierenden politischen Bewegungen keine Mehrheit in den beiden Kammern, Kongress und Senat, gewinnen könnten, blieben für sie nur Minderheitsbeteiligungen in einer nationalen Regierung. Als Garantie dafür, dass die Vereinbarungen des Friedensverhandlungsprozesses eingehalten werden und die Sicherheit ihrer Mitglieder nicht bedroht ist, müssten der Ex-Guerilla in allen wesentlichen Entscheidungsstellen des Staates Vertretungsrechte – mit Entscheidungsrechten oder ohne – garantiert werden: im Kabinett, im nationalen Rat für Sicherheit und Verteidigung, im Vorstand der Zentralbank u. a. m. Reziprok müsste ein Delegierter des Präsidenten bzw. einer international besetzten Überwachungskommission einen Platz – nur mit Stimme, ohne Entscheidungsmöglichkeiten – in den zentralen Stellen der von der Ex-Guerilla verwalteten Gebieten erhalten.

Die Realisierung eines solchen Vorschlags oder ähnlicher anderer würde in jedem Falle enorme Kosten und Zugeständnisse der kolumbianischen Mehrheit an die Guerillaminderheit bedeuten. Auch könnten »freie Wahlen« in Gebieten mit bewaffneter Ex-Guerilla eine – notwendigerweise – zu akzeptierende Farce werden. Erst mit der Zeit könnte es der Guerilla gelingen, demokratische Praktiken zu akzeptieren. Würden die Bevölkerung und die Autoritäten der – dann – Guerilla-»Länder« ihr Schicksal akzeptieren oder eher – wie derzeit in der dem ELN von der Regierung zugeordneten »entmilitarisierten Zone« – alle möglichen Formen des Protestes nutzen? Würden dann separatistische Tendenzen Kolumbien zerreißern? Wie stellten sich die Paramilitärs dazu? Unter welchen Bedingungen könnten die USA und Kolumbiens Nachbarn solche »Lösungen« akzeptieren?

Deutlich wird bei allen Endspiel-Überlegungen wie mühsam der Weg zu einem in Frieden integrierten Kolumbien sein wird. Deutlich wird auch, dass ohne Engagement der kolumbianischen Bürgerschaft, der »Zivilgesellschaft«, und ohne eine aktive Rolle der internationalen Gemeinschaft, also auch der EU-Länder, kein Weg dorthin gefunden werden kann. ◀

Anhang: »Who is Who« des bewaffneten Konflikts:

Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército Popular, FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee)

Gründung und Orientierung:

1964 in der Tradition der ländlichen Selbstverteidigungsgruppen der liberalen Partei. Später sowjetisch-kommunistische Orientierung.

Führer:

Pedro Antonio Marín, alias Manuel Marulanda Vélez, alias »Tirofijo« (fester Schuss).

Größe:

17.000–21.000 Mann unter Waffen.

Finanzen:

Ca. DM 800 Millionen pro Jahr, von denen ca. DM 250 Millionen ausgegeben, 550 Millionen investiert werden. 30–50 % aus »Besteuerung« von Drogenanbau und -handel, 30–50 % aus Entführungen und Erpressungen, der Rest aus Investitionen im Bergbausektor und im öffentlichem Transport.

Struktur:

Entscheidungen durch ein »Sekretariat« mit 7 Mitgliedern. Die Mehrheit der Kämpfer hat bäuerlichen Hintergrund. In den von der Guerilla beherrschten Zonen Quasiwehrdienst. Ca. 40 % der Mitglieder erhalten Gehälter.

Bewaffnung:

Boden-Boden-Raketen, einige Flugzeuge, vermutlich neu: Helikopter, Boden-Luft-Raketen.

Territoriale Präsenz:

Zusammen mit dem ELN in etwa 50 % des Landes. Einfluss in 450 Kommunen und 12 Departamentos. Besondere Stärke im Süden (Drogenanbaugebiete).

Ejército de Liberación Nacional, ELN (Nationale Befreiungsarmee)

Gründung und Orientierung:

1966 durch Fabio Vasquez, Ex-Mitglied der liberalen Partei, inspiriert durch die kubanische Revo-

lution und Priester der katholischen Befreiungskirche (Camilo Torres).

Führer:

Nach dem Tod des spanischen Priesters Manuel Pérez Anfang 1998: Nicolas Rodríguez, alias »Gabino«.

Größe:

4000–6000 Mann unter Waffen; geschwächt durch Verluste und Schläge des Paramilitärs.

Finanzen:

Ca. DM 400 Millionen pro Jahr, von denen ca. 200 Millionen ausgegeben, 200 »gespart« werden. Ein großer Teil der Einnahmen kommen aus Entführungen und Erpressung von multinationalen Ölfirmen, Industriellen, Händlern, Viehzüchtern und Großgrundbesitzern. Auch Verbindungen zum Drogenhandel, aber in geringerem Maße als die FARC.

Struktur:

Entscheidungen werden im fünfköpfigen »Zentralkommando« getroffen. Die Mehrheit der Kämpfer hat bäuerlichen Hintergrund.

Bewaffnung:

Raketen und Granaten. Einige Flugzeuge und Helikopter zur Bergung von Verwundeten.

Territoriale Präsenz:

Stärker im Norden und im Zentrum des Landes, nicht existent im Süden. Stärkere Verankerung in den Städten als die FARC, besondere Präsenz in Erdölgebieten und in ca. 120 Kommunen.

Ejército Popular de Liberación, EPL (Volksbefreiungsarmee)

Gründung und Orientierung:

1967 mit maoistischer Orientierung. Die Mehrheit der EPL übergab 1990 ihre Waffen und integrierte sich in das zivile Leben. Viele von ihnen wurden anschließend ermordet. In den derzeitigen beginnenden Verhandlungen schließt er sich der ELN an.

Führer:

Francisco Caraballo, im Gefängnis.

Größe:

Ca. 500 Kämpfer mit geringer Präsenz.

Paramilitärs: Autodefensas Unidas de Colombia, AUC (Vereinigte Selbstverteidigungen von Kolumbien)

Gründung und Orientierung:

Gemäß den Statuten vom März 1996 eine antisubversive Organisation mit zivilem Charakter, die bis zur Aufgabe/Niederlage der Guerilla aktiv sein wird. »Selbstverteidigungsgruppen« existieren seit fast 20 Jahren.

Führer:

Carlos Castaño, dessen Vater nach einer Entführung durch die FARC ermordet wurde.

Größe:

Ca. 6000–7000 Mann unter Waffen.

Finanzen:

Etwa DM 40 Millionen, finanziert von Großgrundbesitzern, Händlern, Viehzüchtern, Drogenhändlern und größeren Drogenanbauern. Logistische und Waffenunterstützung durch Gruppen des Militärs. Die FARC behaupten, die AUC lebten von bewusster staatlicher Unterstützung.

Struktur:

Vier regionale Generalstäbe, u. a. an den Grenzen zu Venezuela, Ecuador und Panama.

Bewaffnung:

Raketen, Granaten u. a.

Sicherheitskräfte Kolumbiens

Größe:

157.000 Mann in den Streitkräften und 120.000 Mann in der »Nationalen Polizei«, davon 30.000–50.000 Mann im Kampf einsetzbar.

Bewaffnung:

Schwere Artillerie, Helikopter Black Hawk, MI-17, Bomber OV-10, C-130, Flugzeuge Fantasma und Panzer Cascabel. Verbesserte Ausrüstung wird durch zusätzlich 1 Milliarde US-Dollar erwartet.